Jens Berger kommentiert hier das gute Wahlergebnis der Linkspartei in Berlin. Die extremen Lebenshaltungskosten und Mieten seien Thema Nummer Eins gewesen und die Linke habe etwas getan, was in Deutschland offenbar tabu sei – sie habe an der Verteilungsfrage gerüttelt. Das dürfe nicht sein. Also werde ein zweites Tabu aus dem Ärmel gekramt: Der Antisemitismus, mit dem die Linke angeblich ein Problem habe. Wer der „politischen Mitte“ seine Zustimmung verweigere, gehöre den „Rändern“ an und wird zum „Feind der Demokratie“ erklärt. Das sei „natürlich Blödsinn“, tauge aber immerhin zur „Selbstaffirmation der Mitte: Wir sind die Guten!“ Und natürlich sei „gut“, wer gegen Antisemiten und Nazis kämpfe. So werde der Weg frei für Kenia. Spätestens bei der nächsten Wahl würden jedoch SPD sowie Grüne und CDU die Rechnung dafür präsentiert bekommen.

Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten.

Wir danken für die interessanten Zuschriften dazu. Die nun folgende Auswahl der Leserbriefe hat **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt.

---

1. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

Ihr heutiger Artikel ist mir ein willkommener Anlass, Ihnen für Ihre analytisch hervorragenden Artikel zu danken. Jetzt haben Sie wieder mal gedankliche Klarheit und Unbestechlichkeit mit einem Schuss Humor gewürzt, ich lese Sie einfach sehr gerne. Und ich gewinne immer von der Lektüre Ihrer Texte mehr Einsicht und Durchblick.

Also: vielen Dank und Ihnen alles Gute!

Rosemarie Kirschmann

---

2. Leserbrief

Sehr gut, große Klasse, Herr Berger ! Allein schon der Titel Ihres Essays !

Iselin Boit

---

3. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

dass sich die Väter des Grundgesetzes eine immer weitere Zersplitterung der Parteienlandschaft als Ausdruck lebendiger Demokratie vorgestellt haben, darf auch abseits der Beschwörung Weimars bezweifelt werden. Was bei den durch solche Verhältnisse erforderlichen Koalitonsregierungen rauskommt, nämlich allerhöchstens Halbgares, wissen wir doch zur Genüge. Von den großen Koalitionen unter Merkel zu allen möglichen Koalitionen – weil es „der Wähler so will“.

Die Larmoyanz der CDU in Bezug auf ihren definitiven Niedergang als „Volkspartei“ ist leider kein Beleg dafür, dass uns mit den neuen Verhältnissen bessere Politik erwartet. Vielmehr spricht doch einiges dafür, das der Zersplitterung der Politik eine Zersplitterung der Gesellschaft insgesamt zu Grunde liegt, die zu immer größerer Sprachlosigkeit untereinander und immer größerer Beliebigkeit der Politik führt. Wen interessiert es am Ende außer den jeweiligen Fangruppen überhaupt noch, wer regiert?

„Bunte Vielfalt“ als Gütesiegel des politischen Systems ist eine ebenso romantische Verklärung wie Multi-Kulti – als ob durch das eine oder andere irgend ein praktisches Problem gelöst würde.

A propos Multi-Kulti. Wenn man Nachwahlbefragungen und KI glauben darf, verdankt Die Linke in Berlin die stattgefundene Verdopplung ihres vormaligen Wahlergebnisses rechnerisch ihrer moslimischen Wählerschaft, weshalb es sicher ein Trugschluss ist, der Spitzenkandidatin der Linken zu unterstellen, ihre Ankündung, mehr Einbürgerungen anzustreben, damit die Betroffenen „ihr Wahlrecht“ ausüben könnten, sei nichts anderes als die geplante systematische Verbreiterung des Wählerpotentials der Linken. Dass sich unter der großen Zahl moslimischer Wähler der Linken vorwiegend solche befinden, die einen deutlichen Unterschied zwischen Anti-Semitismus und Anti-Zionismus machen, darf aktuell als sicher unterstellt werden. Die Linke in Berlin ist daher offensichtlich weit entfernt davon, ein Anti-Semitismus-Problem zu haben

LG, Erik Jochem

---

4. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

Ihre Realsatire vom islamo-kommunistischen Rätekalifat weist in Richtung parteiisch-journalistischem Komplex.

Wie ist diesem das Handwerk zu legen? Nicht dem “Rätekalifat”, sondern der verbandelten Medienmacht mit politischen Parteien und wirtschaftlichen Eliten?

L.G.
Ute Plass

Ps: Eine Infotour durch das Clanwesen

---

5. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Der Beitrag ist ein hervorragender Startpunkt, um Nachforschung zu betreiben.

Der Begriff Antisemitismus ist eng, ja fast ausschliesslich gekoppelt an den Holocaust und Judenhass in all seinen Formen. Der Begriff ist allerdings zu wenig umfassend, wird zu oft eingesezt als Werkzeug der Dämonisierung und Deligitimierung was der tatsächlichen Bedeutung Abbruch tut.

Insofern der Vorwurf Antisemitismus sich nur zuspitzt auf den Holocaust, würde eine Nachbesserung zum Begriff Genozidnegationismus besser sein.

Da jede Genozid Leugnung oder Verharmlosung verwerflich und strafbar sein sollte.

Auch der Begriff Volksverhetzung ist gesetzlich zu stark verengt auf die Zeit des Nationalsozialismus.

Hier kommt man allerdings in eine schwierige Situation. Da gibt es eventuell geschichtliche Vorkomnisse wobei eine Volksverhetzung, Genozid oder Verharmlosung einfach

ausgeblendet werden, nicht anerkannt sind.

Es bieten sich als Beispiele an:

Die Belagerung von Leningrad, die innerhalb von 872 Tagen etwa 1 Million Opfer gefordert hat.

Da gibt es das Interview mit Madeleine Albright in dem sie den Tod von 500000 irakischen Kindern bezeichnete als es sei es wert gewesen. 500000 Kinder das sind mehr Opfer als durch die Atombombe auf Hiroshima.

Es stellt sich ebenfalls die Frage inwiefern die politische Mitte selbst Opfer einer radikalisierung ist.

Man erkennt bei der Vorgehensweise übrigens einen Tatbestand aus der Aussenpolitik. Die sogenannte politische Mitte definiert sich selbst als die ‘Guten’ und eignet sich dabei das Recht an, die Schlechten anweisen zu dürfen.

Gleichzeitig sieht man aussenpolitisch kein Problem darin, auf guten Fuß zu stehen mit den übelsten Regimes und Personen.

Wer logisch nachdenkt, stellt sich die Frage wieso man Parteien die zur übelsten Sorte definiert werden, überhaupt zur Wahl zulässt, um sie dann ab zu servieren, wenn sie gewählt werden.

Mit freundlichem Gruß
Patrick Janssens

---

6. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

zuerst vielen Dank für den die Widersprüche aufmachenden Artikel. Inhaltlich ist die politische Gesamtsituation derart chaotisch geworden, dass wir offenbar bei aller Positioniererei das Nötige (ferner das altgediente Prinzip realpolitischer Debatten) gar nicht mehr besprechen.

Sicherlich hat die Linke Berlin einen Punkt in der Wohnungsfrage. Aber sofort redet man es

mit der nachkriegsdeutschen Urangst gegen den Kommunismus klein. Zielführend oder gar wahrheitsgemäß? Nein, so gar nicht. Aber alleine schon in der überhobenen Bedeutsamkeit von Berlin kann man – wieder mal – den diskursiven Präzedenzfall schaffen, der vielleicht eine Tendenz (in dem Fall steigende Mieten und Co.) bestätigt, aber bzgl. der Hauptstadt so drüber ist, dass man es fälschlicherweise für den Rest der Republik drüberwischt. Gilt übrigens auch für viele andere Themenbereiche genauso.

Es bleibt ja zuerst die Frage zu klären, inwiefern die Linke plus Anhang in den nächsten Jahren ihre großspurigen Vorhaben umsetzen kann. Bei der Mietfrage wäre ich durchaus bei der Partei, aber da sich die Linke allgemein und gerade in Berlin nicht gerade durch realpolitisches Gespür ausgezeichnet hat, wage ich die Prognose, dass die Träumereien schnell an allerlei Hürden ausgebremst wird. Mir klingt das alles zu kindlich-naiv, dreist vorpreschend, mitunter zu totalitär, wenn man dies nicht Geduld und Spucke angehen kann. Nicht, dass wieder zum “F**zenfreitag” getanzt wird, weil nichts gelingen mag – das kennt man in ähnlicher Form auch von der SPD.

Mir persönlich schmerzt es nicht an den Prinzipien und Anliegen, die die Linke vertritt, sondern in ihrer mittlerweile angewöhnten Art und Weise, den Tonfall und die übertriebene Vehemenz. Alles viel zu holzschnittartig, geradezu populistisch, in Weinrot statt in Blau. Und inwiefern sie sich in ihren Herzensthemen zur Gaza-Thematik sehr einseitig positioniert, hat der “radikalen Mitte” auch sehr vor den Kopf gestoßen, sonst hätte man die Partei nicht noch stirnrunzelnd gewähren lassen, im Gegensatz zur AfD, die man faktisch überall ausgrenzt. Aber hat die Linke brav pro Impfung und gegen “Querdenker” gerufen und sich öffentlich zur Ukraine bekannt und nicht allzu laut pro Putin geblökt hat. Und heimlich war man noch unheimlich dankbar für die Kanzlermacher-Geste gewesen, das sollte man sich immer mal wieder ins Gedächtnis zurückrufen.

Heißt auch: die Linke verspielt sich gerade schon ein wenig das Wohlwollen der “Altparteien”, obwohl die Kollaboration gegen die AfD noch auszureichen scheint. Fragt sich nur, wie lange noch, denn muss man deren Position zur Linkspartei ja auch nicht nur daran ausloten, was sie sagt oder fordert, sondern auch daran, was sie nicht sagt und wo bei ihr dröhnendes Schweigen zu hören ist.

Das sagt zwar wenig über das angebliche “Rätekalifat” aus, aber genug, wie sehr die Anschlussfähigkeit der Linken zu den anderen Parteien (außer der AfD) an einem seidenen Faden hängt. Denn haben wir noch ein paar No-Gos auf deren Seite zu klären und wie sehr sie sich etwa zur Aufhebung des Vermummungsverbots oder der Quasi-Legalisierung von Hausbesetzungen ausspricht, ganz zu schweigen von ihrem Unterstützungseifer gegenüber dem Linksextremismus. Das und deren nicht im Wahlprogramm allzu deutlich

hervorgehobenen Unterstützung zu biologisch unsinnigen Sozialgeschlechtern und Co. macht auch bundesweit die Linke heute für mich nicht mehr wählbar. Da ist mir das Geschrei vom “Rätekalifat” fast egal.

Mit sozialistisch-liberalen Grüßen,
Sascha Wuttke

---

7. Leserbrief

Werter Herr Berger,

will es kurz machen – Leserbriefe von mir haben – wenn ich denn überhaupt noch mutmaßen darf – sowieso ein eher kurzes Leben, vom Posteingang bis zur runden Ablage. Möchte mich aber wenigstens bedankt haben bei Ihnen für Ihren trefflichen Beitrag zum neun Propaganda-Produkt IKRK – dem „islamo-kommunistischen Rätekalifat Berlin“.

Übrigens, selbst in Großdeutschands äußersten Südwesten, in Baden – jenem einst annektierten Protektorat im Ländle, dass sich lange seiner Revolution achtevierz’ge zu rühmen wusste -scheint sich Panik auszubreiten vor der Übernahme vom IKRKB, schließlich kann das ‚B’ auch für Baden stehen. Hat doch schon am Dienstag dieser Woche der olivgrün-türkischschwäbische Milizenanführer sein Entsetzen über – Wiederholung tutnot – das IKRKB verlautbart und zwar gezielt im vor langer Zeit als besonders revolutionär verdächtigen (süd-)badischen – sowas wie die ‚Rheinpfalz‘ bei Ihrem Herrn Müller – Regionalblättchen.

Was für ein machtvoller Beleg für eine, besser wohl „die” Gleichschaltung 2.0 übrigens. Zu der Ersten – der von 1933 – vermeldet der weltweite Marktführer aller virtuellen Suchmaschinen – heuer sogar mit KI-Unterstützung – dann auch folgendes:

Unter „’Gleichschaltung’ versteht man die … erzwungene Ausrichtung aller Bereiche des deutschen Staates und der Gesellschaft auf die Ziele der Nationalsozialisten!”

Ein Verweis sei mir noch erlaubt! An gleichem Fundort wie das vorgenannte Zitat finden sich dann auch im Beipack all jene ‚Aspekte‘ die seinerzeit gleichzuschalten waren und wohl auch gleichgeschaltet wurden, was’n Service. Wenn man bedenkt, dass das damals alles ohne digitale Unterstützung abging. Da darf ich doch wohl hoffen, dass das dieses Mal zügiger vonstatten zu gehen vermag. Und zu einer Opti- wie auch Maximierung müssen wir

uns schließlich auch keine Gedanken machen, oder?

Es grüßt
Michael Kohle

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.